K-3-B Solidarität statt Krisen!

Gremium:	56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum:	01.10.2022
Tagesordnungspunkt:	K Solidarität statt Krisen!

Antragstext

Solidarität statt Krisen!

Die Welt verändert sich immer rasanter. Mit dem Krieg in der Ukraine verstärken sich gesellschaftliche Krisen, die durch die Corona-Pandemie sowieso befeuert wurden. Immer mehr Menschen leben in Armut, sind auf den Zweit- oder Drittjob angewiesen, gehen zu Tafeln und richten sich darauf ein, sich im Winter das Heizen nicht mehr leisten zu können. Gleichzeitig erleben wir, wie ein falscher Widerspruch zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit hergestellt und so das Ende des Monats gegen das Ende des Jahrzehnts ausgespielt wird. Ein Jahr nach der Bundestagswahl schauen wir auf eine Regierung, die auf diese dramatische Lage keine ausreichende Antwort findet.

Für uns bleibt klar: Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Wir setzen uns für humanitäre Hilfen während und nach dem Krieg, der Unterstützung der russischen Oppositionellen, die Aufnahme von Geflüchteten, militärische Unterstützung und das Ende der Finanzierung des russischen Angriffskrieges durch die Hintertür ein. Dieser Krieg verursacht schreckliches Leid und muss ein schnellstmögliches Ende finden, ein Diktatfrieden auf dem Rücken der Ukrainer*innen ist aber keine Option. Russland ist als Aggressor der alleinige Auslöser für den Krieg und die einzige Kriegspartei, die diesen Krieg beenden kann. Die Ukraine darf nicht bevormundet werden, wie der Krieg zu beenden ist und wann er für sie beendet ist. Verhandlungen sollten also nur im Sinne der Ukrainer*innen stattfinden. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Dabei sind Forderungen nach der Öffnung von Nordstream 2 oder der Laufzeitverlängerung der verbleibenden Atomkraftwerke Nebelkerzen. Wir brauchen günstige, erneuerbare Energie für alle, statt Hochrisikotechnologie und Abhängigkeit von autoritären Staaten!

Die Krise ist jetzt!

Studierende, Familien mit vielen Kindern, Rentner*innen, Grundsicherungsbezieher*innen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen haben immer weniger zum Leben bei immer höheren Kosten zur Lebenserhaltung. 40 Prozent der Erwachsenen haben kein Erspartes mehr, mit dem sie in der aktuellen Situation über die Runden kommen könnten. Und auch die zum 01. Oktober geltende Anpassung des Mindestlohns ist durch die Inflation fast vollständig verpufft - dabei war dies eines der zentralen Vorhaben der Ampel, um für mehr Lohngerechtigkeit zu sorgen.

Gleichzeitig befinden wir uns in einer Situation realer Gasknappheit. Für die Gesellschaft hätte es dramatische Folgen, wenn unsere Energieversorgung zusammenbrechen würde. Dadurch, dass unsere Energieversorgung privat und nicht öffentlich organisiert ist, ergibt sich daraus die Notwendigkeit, versorgungsrelevante Unternehmen zu retten.
Es ist aber aus unserer Sicht der falsche Weg, dafür eine komplizierte Gasumlage auf den Weg zu bringen, anstatt die betroffenen Unternehmen über den Haushalt zu unterstützen und dafür ein Mitspracherecht der öffentlichen Hand einzufordern.
Dass die Gasumlage kommt, liegt daran, dass die Ampel weiter daran festhält, die Schuldenbremse einzuhalten.
Die Verluste von Unternehmen muss die Gesellschaft zahlen, aber die Gewinne werden weiter privatisiert. Zu einem Zeitpunkt, in dem für viele unklar ist, wie sie ihre Rechnungen in den nächsten Monaten bezahlen sollen, ist das nicht zu erklären.

Echte soziale Sicherheit? - Fehlanzeige!

Die Regierung hat ein 3. Entlastungspaket geschnürt, mit dem Lücken des alten Pakets ausgebessert und einige notwendige Maßnahmen ins Spiel gebracht werden. Es ist richtig, dass jetzt auch Studierende, Azubis und Rentner*innen berücksichtigt werden, auch wenn 300 Euro im besten Fall nur bereits entstandene Kosten ausgleichen. Dass es ein weiteres, vermeintlich großes Entlastungspaket gibt, ist ein Ausdruck davon, dass der Druck auf die Regierung wächst: Immer mehr Menschen machen ihrem Unmut Luft und fordern eine sozialere Politik ein.

Beim genaueren Hinschauen merkt man jedoch, dass die Maßnahmen sehr kompliziert sind und es Monate dauern könnte, bis die weiteren Entlastungen bei den Menschen ankommen.
Die vergangene Energiepauschale ist quasi schon aufgebraucht und eine Neuauflage, um die kommenden Kosten abzufedern, sieht das Paket nicht vor. Es ist dem Einsatz der Zivilgesellschaft rund um #9EuroWeiterFahren und anderen Initiativen zu verdanken, dass sich die Ampel darauf geeinigt hat, ein bundesweites Ticket einzuführen. Die Preisspanne ist für diejenigen, die gerade jeden Cent umdrehen müssen, aber noch viel zu hoch.
Die Tafeln laufen über, die Preise steigen immer weiter - und die Menschen am Existenzminimum sollen jetzt 50 Euro mehr ab dem nächsten Jahr bekommen. Das ist

ein Tropfen auf den heißen Stein.
Für die vielen Menschen mit geringem Einkommen, für Studierende und Auszubildende, für Rentner*innen und Menschen in Grundsicherung, für Beschäftigte mit geringem Einkommen bedeutet das, weiterhin mit der Unsicherheit leben zu müssen, die eigenen Rechnungen nicht bezahlen zu können.

Die steigenden Preise für Energie, Sprit und Lebensmittel belasten große Teile der Bevölkerung. Dass die Ampel sich sehr schwer damit tut, einen sinnvollen sozialen Ausgleich zu finden, kommt nicht von ungefähr. Schon in den Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen wurden jegliche neue Finanzierungsspielräume wie die Aussetzung der Schuldenbremse oder die Beteiligung von sehr Wohlhabenden am Gemeinwohl durch höhere Steuern ausgeschlossen. Damit hat sie sich selbst der sozialen Grundlage geraubt, die notwendig ist, um in Zeiten von Krisen für Sicherheit zu sorgen. Doch das muss nicht so bleiben! Eine andere Krisenbewältigung ist möglich. Von einer selbsternannten progressiven Regierung erwarten wir mehr. Das gilt auch für die Grüne Partei: Den Status Quo zu verwalten, reicht längst nicht mehr aus.

Krise? Solidarisch bewältigen!

Die Regierung hinkt den steigenden Preisen hinterher. Das, was wir brauchen, sind strukturelle Maßnahmen, die auch in der Zukunft wirken, sonst müssen wir in wenigen Wochen das nächste Entlastungspaket schnüren. Der Unmut steigt. In immer mehr Städten formieren sich Bündnisse, immer mehr Menschen wehren sich gegen hohe Preise und niedrige Löhne. Die politische Rechte versucht derweil, die Krise zu nutzen, um die Solidarität mit der Ukraine zu diffamieren und falsche Widersprüche aufzumachen, um ihr rassistisches, spaltendes Gedankengut salonfähig zu machen. Deswegen versuchen sie, progressive Demonstrationen bewusst einzunehmen, um einen linken Sozialprotest zu verunmöglichen. Vorgeschobene Distanzierungsversuche und Kriminalisierung von sozialem Protest spielen den Rechten in die Hände.

Als Grüne Jugend kämpfen wir gemeinsam mit allen demokratischen progressiven Kräften, die für eine solidarische Krisenbewältigung auf die Straße gehen. Denn diese Krise darf nicht auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen werden. Diese Krise muss sozial bewältigt werden. Die Taktik des russischen Regimes, europäische Gesellschaften dadurch zu spalten, dass die steigenden Preise gegen die Unterstützung der Ukrainer*innen ausgespielt werden, darf nicht aufgehen. Um unsere Solidarität mit der Ukraine aufrechtzuerhalten, müssen die Belastungen durch Krieg und Energiekrise solidarisch verteilt werden.

Wir fordern:

- **Zielgerichtete Direktzahlungen** insbesondere für Azubis, Studierende, Empfänger*innen von Sozial- und Transferleistungen, Renter*innen, Menschen

mit niedrigem Einkommen und Familien.

- **Ein Mietpreisdeckel und ein Moratorium für Zwangsräumungen** sowie für Strom- und Gassperren. Würdiges Wohnen ist ein Grundrecht und darf steigenden Preisen nicht zum Opfer fallen. Schon explodierte Mietpreise müssen begrenzt und reduziert werden, statt noch weiter erhöht zu werden.

- **Die Umsetzung von einem Strom- und Gaspreisdeckel**, welcher die Preise für den durchschnittlichen Verbrauch eines Haushalts begrenzt um Verbraucher*innen von horrenden Gaspreisen zu entlasten.

- **Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und massive Investitionen in Bus und Bahn!** So werden Pendler*innen zielgerichtete entlastet, mehr gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht und es wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität.

- **Höhere Löhne für alle!** Wir unterstützen die Arbeiter*innen in ihren Tarifverhandlungen. Als Grüne Jugend setzen wir uns weiter für einen höheren, wirklich armutsfesten Mindestlohn ein.

- **Energieversorgung sichern!** Unsere Abhängigkeit von fossilen Energien ist der Grund für die steigenden Energiepreise. Der beste Weg, um eine langfristige Energieversorgung sicherzustellen, ist also ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir brauchen keine weitere feste fossile Infrastruktur in Form von festen LNG-Terminals, sondern einen konsequenten, schnellen Gasaustieg bis 2035. Perspektivisch gehört die Energieversorgung in die öffentliche Hand.

- **Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Grundsicherung ersetzen!** Damit das neue Bürgergeld existenzsichernd ist, müssen die Regelsätze um mindestens 200 Euro steigen, sanktionsfrei.

- **Jetzt den Frieden sichern durch die Ausfinanzierung von Friedens- und Demokratieprojekten,** durch eine deutliche Erhöhung der Mittel für globale Ernährungssicherheit und Entwicklungszusammenarbeit, sowie durch eine neue menschrechtsbasierte Handelsordnung!

Egal ob das Sondervermögen oder der Abbau der kalten Progression: Wenn es politisch gewollt ist, ist immer genug Geld da. Bei den Entlastungen für die Menschen wird hingegen wieder gespart.
Wir fordern :

- **Eine Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure**, die übermäßig von den gestiegenen Preisen und Krieg in der Ukraine profitiert haben. Mit den gestiegenen Einnahmen müssen zielgerichtete Entlastungen finanziert werden. Dies nur im Stromsektor zu beschließen, wie bisher von der Ampel vorgesehen, reicht nicht. Wir setzen uns für die Ausweitung auf andere Bereiche und die rückwirkende Erhebung ein.

- **Den Abbau und die sukzessive Streichung klimaschädlicher Subventionen**. So schaffen wir mehr Möglichkeiten im Haushalt und leisten einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele.

- **Die Aussetzung der Schuldenbremse 2023!** Nur so sind die notwendigen Ausgaben im Haushalt 2023 zu finanzieren. Ein weiteres Kaputtsparen der Gesellschaft können wir uns nicht leisten.

Wir als GRÜNE JUGEND sagen: Genug ist genug. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen.
Die Grüne Partei ist mit dem Anspruch in die Regierung gegangen, nicht bloß den Status Quo weiter zu verwalten, sondern positive Veränderungen für die Gesellschaft zu erwirken. Jetzt muss es darum gehen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Denn ohne eine starke gemeinsame soziale Grundlage wird auch die Bereitschaft für weitgehenden, notwendigen Klimaschutz sinken.
Deswegen sehen wir die Grüne Partei, Fraktion und Regierungsmitglieder in der Verantwortung, sich dafür einzusetzen, dass die Ampel echte soziale Antworten auf die Krisen der Zeit gibt.
Als Verband werden wir in den nächsten Monaten auf die Straße gehen. An unserer Seite stehen viele, die es satt haben, dass Krisen auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Wir stehen Seite an Seite mit ihnen und zeigen, dass es einen anderen Weg gibt: Solidarität statt Krisen!